

Dringlichkeitsresolution, verabschiedet am EVP-Kongress in Warschau (29.-30. April 2009)

“Der Ausweg aus der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise”

Angesichts der sinkenden Erträge im internationalen Handel, in der industriellen Produktion und der rückläufigen Zahl der ausländischen Direktinvestitionen erkennt die Europäische Volkspartei (EPP) an, dass die Weltwirtschaft vor ihrer größten Herausforderung in der Neuzeit steht: eine Krise, die drei Hauptursachen hat: 1) das große globale Ungleichgewicht, das zu der weltweiten Rezession beigetragen hat, 2) die riskante Immobilienpolitik der USA und die daraus resultierende Immobilienblase, hervorgerufen durch viel zu niedrige Zinssätze in den 1990er Jahren, und 3) das in einigen Fällen unverantwortliche Verhalten der Akteure. Diese sich selbst verstärkenden Krisen haben den wirtschaftlichen Kollaps beschleunigt, der sich dadurch in eine Systemkrise verwandelt hat, die unsere Wirtschaft stärker und nachhaltiger beeinflusst.

Nach den globalen Wachstumseinschätzungen des IWF haben 71 Länder eine niedrigere Wachstumsrate als im vergangenen Jahr (davon zählen 30 Länder zu den 34 stärksten Wirtschaftsnationen), während nur 17 Länder einen Aufwärtstrend im Verhältnis zum letzten Jahr verzeichnen. Das zeigt deutlich, dass wirtschaftlich starke Regionen wie Japan, Europa (und dort besonders Deutschland und Großbritannien) und die Vereinigten Staaten die größten Einbrüche beim Bruttoinlandsprodukt hinnehmen mussten, während die Schwellenländer den größten Anteil am weltweiten Wachstum haben. Tatsächlich trugen die Märkte dieser Länder überdurchschnittlich viel zum globalen Wachstum bei und diese Entwicklung wird sich wahrscheinlich fortsetzen. Ähnliche Parallelen lassen sich auch bei den durch “faule” Wertpapiere aus den USA bedingten Abschreibungen ziehen: von einer geschätzten Gesamtsumme zwischen 2,7 und 4 Billionen Dollar stammt mehr als die Hälfte von US-amerikanischen, britischen und deutschen Banken.

Nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme konnten wir eine beispiellose, über zwei Jahrzehnte anhaltende Phase des globalen Wachstums verzeichnen. Besonders in Europa haben die positiven Auswirkungen der Sozialen Marktwirtschaft bewiesen, dass eine sozial verantwortliche und tragfähige freie Marktwirtschaft allen Menschen Wohlstand verschaffen kann. Heute müssen wir uns der Herausforderung durch die weltweite Wirtschaftskrise gemeinsam stellen und die Chance auf Veränderung ergreifen, die die Globalisierung und die Notwendigkeit struktureller Reformen in Europa bieten. Wir verfügen über die nötigen Ressourcen, das Wissen und die menschlichen Kompetenzen, um diese Krise zu überwinden.

Rückblickend lässt sich sagen, dass Versäumnisse bei der Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte die wesentlichen Gründe für die Krise waren. Zusätzlich hat die Verbriefung von Krediten in Wertpapieren zu einem Mangel an Transparenz geführt, so dass Risiken falsch eingeschätzt wurden. Das Vertrauen wird sich nicht wieder aufbauen lassen, bis der Glauben an unser Finanzsystem wieder hergestellt ist. Um die Auswirkungen der derzeitigen Entwicklung auf das Wohlergehen unserer Bürger gering zu halten, muss Folgendes umgesetzt werden: 1) die schnelle Wiederherstellung des Vertrauens in das Bankensystem, das sich auf die Vergabe von Krediten an Firmen und Privatpersonen konzentrieren muss, 2) die Durchsetzung einer grundlegenden Reform des internationalen Finanzsektors durch die Einführung und Verstärkung einer europäischen und weltweiten Finanzmarktaufsicht sowie einer wirksamen Regulierung und 3) die Beschließung von Maßnahmen, die einer Erhöhung der Staatsausgaben entgegenwirken.

Die Regulierung sollte so gestaltet sein, dass Investitionen zugunsten von Innovationen außerhalb des Finanzsektors in Europa nicht gebremst werden. Die Politik darf den strukturellen Wandel nicht behindern. Vielmehr sollte sie Innovation, Wachstum und den Einsatz von Kapital fördern.

Wir müssen das Unternehmertum unterstützen und dafür sorgen, dass junge Menschen die Möglichkeit für eine Geschäftsgründung haben. Dies wird dazu beitragen, dass unsere Wirtschaft wieder wächst, dass sie dynamisch wird und dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Dies ließe sich umsetzen durch die Schaffung von steuerlichen Rahmenbedingungen, die für Risikokapitalgeber, „Business Angels“ und andere Gründer, die das Risiko der Finanzierung neuer Unternehmungen eingehen, günstig sind.

Des Weiteren erkennen wir die Notwendigkeit an, die Förderung der Kreditvergabe auch auf Schwellenländer auszuweiten. Die beim letzten G-20-Gipfel in London beschlossene, zusätzliche Verdoppelung der Mittel des IWF ist mit Sicherheit ein Schritt in die richtige Richtung.

Außerdem begrüßen wir die positive Rolle der Europäischen Zentralbank in dieser Krise. Sie garantiert makroökonomische Stabilität und eine geringe Inflation in Europa. Wir sprechen uns erneut für den Stabilitäts- und Entwicklungspakt in Europa aus.

Als größte politische Kraft in Europa wollen wir mit Bestimmtheit und zügig dafür sorgen, dass diesen Worten Taten folgen. Wir halten daher fest, dass die unten angeführten Maßnahmen rasch und in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen sowie mit den entsprechenden internationalen Institutionen ergriffen werden sollten:

- 1. Es muss verhindert werden, dass aus der gegenwärtigen Krise eine globale Rezession wird, indem wir protektionistischen Versuchungen nicht nachgeben und einen schnellen Abschluss der Doha-Entwicklungsrunde herbeiführen.**
- 2. Wiederherstellung des Vertrauens in den Bankensektor durch eine schnelle Lösung des Problems der „faulen“ Wertpapiere einerseits und die Ausrichtung des Finanzsektors auf die Realwirtschaft andererseits.** Die effektive und adäquate Finanzierung von Unternehmen und von Mittelstandsbetrieben, die Arbeitsplätze schaffen, muss wieder aufgenommen werden, um die Realwirtschaft zu stärken. Ziel sollte die Wiederaufnahme der Finanzierung der Realwirtschaft als Kerntätigkeit der Finanzinstitutionen sein. Weiterhin muss – und da sind die bisherigen Maßnahmen noch nicht ausreichend – unbedingt die Aktivität im Bankensektor angeregt werden, damit wieder Kredite in die Realwirtschaft fließen. Das erfordert glaubwürdige Stresstests für international agierende Banken.
- 3. Verbesserung der Risikobewertung in den Finanzinstitutionen und Erhöhung der Transparenz der internationalen Finanzmärkte** durch die Verpflichtung der Banken, ihre Kunden über ihre Produkte aufzuklären und dabei das jeweilige Risikoniveau zu berücksichtigen. Es sollten mehr Gelder in Bildungsprojekte zur Sensibilisierung der Verbraucher und zur Vermittlung von Wissen über die Finanzmärkte fließen.
- 4. Aufbau einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit durch aufeinander abgestimmte Mechanismen zur Regulierung und Überwachung der Finanzmärkte.** In diesem Sinne ermutigen wir den IWF und das Forum für Finanzstabilität, gemeinsam internationale Rahmenbedingungen zu entwickeln, um grenzüberschreitende Bankgeschäfte zu bewältigen, Regulierungsstandards zu festigen und bestehende Lücken im Bereich der Bilanzierung zu schließen. Auf der ganzen Welt werden die Aufsichtsbehörden ihr Fachwissen und ihr Know-how im Umgang mit immer komplexeren Finanzinstrumenten erweitern müssen.
- 5. Registrierung von Hedgefonds.** Auch wenn wir uns darüber im Klaren sind, dass Hedgefonds nicht die Ursache dieser Krise waren, sollten diese dennoch registriert werden. Sachdienliche Informationen über den Umfang ihrer Investitionen und, sofern ein bestimmter Umfang überstiegen wird, auch über deren Fremdkapitalaufnahme sollten den Aufsichts- und Regulierungsgremien offengelegt werden. Dies ist notwendig für die Bewertung der Systemrisiken, die sie individuell oder kollektiv für das Finanzsystem darstellen. Sie sollten ebenfalls unter Aufsicht gestellt werden, um sicherzugehen, dass angemessene Risikomanagement-Strukturen vorhanden sind.
- 6. Weltweite Regulierung, einschließlich der Steueroasen und der Off-Shore-Zentren.** Die Einführung internationaler Standards gegen die Risiken, die von nicht kooperativen Rechtssystemen ausgehen, ist von großer Bedeutung. Es sollten wirksame Sanktionen eingeführt werden, die uns vor den Risiken durch mangelnde Transparenz und Regulierung schützen. Steuerlicher Wettbewerb sollte dadurch jedoch nicht verhindert werden.
- 7. Die Reformierung der Rating-Agenturen** durch Beendigung des bestehenden Interessenkonfliktes, durch Verbesserung der effektiven Überwachung, der Transparenz und der Qualität ihrer Arbeit und durch die Beseitigung der oligopolistischen Strukturen (z. B. durch die Einrichtung neuer Rating-Agenturen, die zu den bestehenden in Wettbewerb treten). Wir glauben, dass Rating-Agenturen keine weiteren Leistungen außer dem Rating anbieten dürfen.
- 8. Reformierung der Vergütungssysteme für Manager,** indem sichergestellt wird, dass sich Zahlungen nicht an kurzen Zeiträumen orientieren, während die Risiken erst langfristig zum Tragen kommen. Die Aktionäre und die Führungskräfte aller öffentlichen und privaten Unternehmen müssen aktiver bei der Entwicklung, der Umsetzung und der Evaluierung von Vergütungssystemen sein und sie müssen haftbar gemacht werden. Unternehmen

sollten Informationen über Gehälter klar, verständlich und rechtzeitig offenlegen. Die Öffentlichkeit, einschließlich der Aktionäre, sollten angemessen und rechtzeitig über die Vergütungsrichtlinien informiert werden, um eine wirksame Überwachung ausüben zu können. Die Aufsichtsgremien werden das Vergütungssystem dann als Teil ihrer gesamten Bewertung der Stabilität dieser Unternehmen beurteilen.

Zusammenfassend geht es darum, wieder Vertrauen, Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen und das Finanzsystem neu zu gestalten, damit wieder Kredite vergeben werden. Wir wollen eine stärkere Regulierung des Finanzmarktes, damit wieder Vertrauen hergestellt wird. Außerdem müssen unsere internationalen Finanzinstitutionen unterstützt und reformiert werden, um diese Krise zu überwinden und weitere Krisen zu vermeiden. Globaler Handel und Investitionen müssen gefördert und Protektionismus abgelehnt werden, um den Wohlstand zu untermauern und ein „grünes“, nachhaltiges und wettbewerbsfähiges Wirtschaftssystem, das alle einbezieht, aufzubauen.

Wenn wir gemeinsam an der Umsetzung dieser Versprechen arbeiten, werden wir die Weltwirtschaft aus der Rezession führen und die Auswirkungen zukünftiger Wirtschaftskrisen verringern. Dieser Aufgabe verpflichten wir uns für das Wohlergehen aller unserer europäischen Mitbürger.